Der Brotgetreidebedarf ist gesichert

Betrachtungen um die neugeordnete Getreideablieferung

Bedeutsam und weitgreifend ist die Verordnung, die der Reichsernährungsminister zur Sicherung der Volksernährung am 28. Juli erlassen hat. Diese Verordnung will den Brotgetreidebedarf des deutschen Volkes auf weite Sicht sicherstellen.

Reibungslos hat sich in den letzten viereinhalb Jahren die Volksernährung auf der Grundlage einer festgefügten Getreideordnung und eines im wesentlichen festen Getreidepreises vollzogen. In der Ernährungsschlacht sind gewaltige Energien eingesetzt worden, um insbesondere auf dem Gebiete der Versorgung mit Brotgetreide eine hundertprozentige Selbständigkeit vom Auslande zu erreichen. Wenn heute die deutsche Ernährungswirtschaft den Anschluß an das neue Getreidewirtschaftsjahr mit immerhin ansehnlichen Beständen erreicht hat, so ist dies nicht zuletzt den in der Ernährungsschlacht erzielten Erfolgen und den Dispositionen zu verdanken, die die verantwortlichen Stellen unter Beachtung aller in Frage kommenden Faktoren auf weite Sicht getroffen haben.

Um so notwendiger aber ist im Zeichen dieser Arbeit die Ablieferungspflicht für allen geernteten Roggen und Weizen geworden. Sie stellt zusammen mit dem gleichzeitig ausgesprochenen Verfütterungsverbot für Roggen und Weizen eine Maßnahme dar, die sicherlich tiefgreifend und opferheischend in die Wirtschaft des einzelnen Landwirts eingreift. Wenn sie trotzdem erlassen worden ist, so spiegelt sich in diesem gewiß nicht leicht gewordenen Entschluß der verantwortlichen Stellen die ungeheure und vielseitige Problematik der deutschen Ernährungswirtschaft wider. Es offenbart sich hier aber auch gleichzeitig die unbeugsame Energie, die deutsche Brotgetreideversorgung durch Erfassung auch der letzten Bestände derart zu sichern, daß umfangreiche Aufkäufe auf den Auslandsmärkten nicht mehr nötig werden und daß die deutsche Ernährung selbst im Falle schlechterer Ernten mit Hilfe der durch die Ablieferungspflicht geschaffenen Reserven von Preissprüngen und spekulativen Einflüssen auf den Weltgetreidemärkten unabhängig wird.

43 Hektar müssen 100 Personen ernähren

Bei der Beurteilung der Gesamtlage, aus der diese weittragenden Beschlüsse herausgewachsen sind, ist zu berücksichtigen, daß die deutsche Getreideversorgung auf einer äußerst schmalen Grundlage aufgebaut ist. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß Deutschland durch das Versailler Diktat fünf Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, also über 14 Prozent seines Ackerbodens, verloren hat. Diese Tatsache mußte sich um so härter auswirken, als es sich bei den verlorengegangenen Gebieten um verhältnismäßig dünn bevölkerte, meist agrarische Gebietsteile handelte und als sich die Bevölkerung auf dem verbliebenen Reichsgebiet durch Rückwanderung aus den verlorenen Gebieten um so stärker drängte.

Die Folge ist, daß heute in Deutschland nur 43 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche zur Verfügung stehen, um 100 Personen zu ernähren, während Frankreich für die Ernährung der gleichen Anzahl Personen 83 Hektar, die Vereinigten Staaten 301 Hektar und Sowjetrußland sogar 318 Hektar Bodens besitzen. Nicht übersehen werden darf auch, daß die Bevölkerung durch die Rückkehr des Saarlandes zum Deutschen Reiche, durch eine weitere Verminderung der Sterblichkeit und infolge der Erhöhung der Geburtenfreudigkeit seit 1933 um rund zwei Millionen Menschen gestiegen ist.

Jährlich 470 000 Verbraucher mehr

Beim Blick auf die Zukunft ist endlich in die Gesamtrechnung einzustellen, daß in den nächsten Jahren auf Grund der erhöhten Eheschließungen mit einem jährlichen Geburtenzuwachs von rund 470 000 zu rechnen ist.

Dabei muß immer von der Tatsache ausgegangen werden, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche innerhalb der Reichsgrenzen nicht beliebig vergrößert werden kann. Der meiste für die Kultur geeignete Boden ist in Deutschland bereits intensiv genützt gewesen. Es war also nicht wie bei anderen Völkern die Möglichkeit gegeben, die Nutzfläche ohne weiteres zu vergrößern. Es stand auch nicht wie bei anderen dicht besiedelten europäischen Ländern, wie z. B. für die Bedürfnisse der Bevölkerung Englands, Hollands und Belgiens, ein riesiges Kolonialreich mit fruchtbarem Kolonialboden zur Verfügung. Der eiserne Zwang zur stärksten Leistung hat u. a. darin seinen Niederschlag gefunden, daß der durchschnittliche Weizenertrag je Hektar in Deutschland 21,6 Doppelzentner beträgt, während in dem fruchtbaren Frankreich nur 16,4 Doppelzentner und in den mit Großräumen ausgestatteten Vereinigten Staaten nur 8,8 Doppelzentner verzeichnet werden.

Das ist erreicht worden, obwohl das Gesetz des fallenden Bodenertrages immer wieder allen menschlichen Anstrengungen gegenüber seine Herrschaft unter Beweis stellt. Jede weitere Erhöhung der Erträge ist demgemäß nur bei einer weit stärkeren Erhöhung des Arbeits- und des Kapitaleinsatzes möglich. Auch war es nötig, erhebliche Flächen des deutschen Bodens für die verschiedensten öffentlichen Zwecke heranzuziehen. Unter diesen höheren Gesichtspunkten wurden z. B. in den letzten Jahren insgesamt 870 000 Hektar der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Dabei spielt neben den Reichsautobahnen z. B. auch die Auflockerung der Städte eine bedeutsame Rolle. Es zeigt sich also auch hier wieder, wie bei der Beschränkung des deutschen Raumes die verschiedensten Notwendigkeiten aufeinanderstoßen, aufeinander abgestimmt werden müssen und der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Wege stehen.

Fett- und Faserversorgung beschneiden Getreidefläche

Der von uns bereits in den „Dresdner Nachrichten" von Sonntag, den 25. Juli, geschilderte Kampf um die Verbesserung der Fettversorgung aus eigenen Quellen hat es weiterhin erforderlich gemacht, bestimmte landwirtschaftliche Flächen dem Futtermittelanbau zu reservieren. Vor allem aber sind der Ausdehnung der Brotgetreideflächen dadurch enge Grenzen gezogen worden, daß es notwendig ist, nicht nur die Anbauflächen von Zuckerrüben, Wintergerste, Luzerne und Süßlupinen zu steigern, sondern auch den ölhaltigen Früchten, also Raps und Rübsen, besondere Beachtung zu schenken. Daneben ist aber auch angesichts des Strebens, auf dem Gebiete der Textilfaser vom Auslande unabhängiger zu werden, die Erzeugung von Flachs und Hanf derart gesteigert worden, daß die Anbauflächen von Flachs von 4900 Hektar auf 44 100 Hektar, und diejenige für Hanf von 210 Hektar auf 5700 Hektar in dem Zeitraum von 1933 bis 1936 ausgedehnt werden konnten.

Die bereits recht knappe Decke der Brotversorgung ist dadurch weiterhin zwangsläufig beschnitten worden. Diese Verknappung der Ernährungsdecke ist deshalb besonders bedenklich, weil die Ergebnisse der Tätigkeit des Menschen in der Landwirtschaft in weitem Ausmaße nicht von seinem Willen, sondern von dem Walten höherer und unbezwingbarer Naturkräfte abhängig sind.

So hatten z. B. die zahlreichen Regenfälle während der vorjährigen Kornernte zur Folge, daß sich diese übermäßig lang ausdehnte und zum Teil mit der Hackfruchternte überschnitt. Infolgedessen war bei dem gleichzeitig fühlbaren Landarbeitermangel vielfach die Bestellung der Felder mit Wintergetreide nicht in dem wünschenswerten Umfange möglich. Schäden durch Auswinterung in den nordöstlichen Provinzen und ein gewisser Mangel an Saatgut trugen weiterhin dazu bei, daß ein beträchtlicher Hundertsatz der Ackerfläche mit Hackfrüchten statt mit Getreide bestellt wurde. Bei einer Aufeinanderfolge von minderguten Ernten hätten unter solchen Verhältnissen ernste Spannungen eintreten müssen. Bei den gegebenen Verhältnissen konnten durch einschneidende Maßnahmen zur rechten Zeit solche Spannungen verhindert werden. Die Gefährlichkeit solcher Spannungen würde naturgemäß erst dann offenbar, wenn gleichzeitig auch die Weltgetreidevorräte durch ungünstige Ernteausfälle in verschiedenen Ländern und das Wirken der Spekulation verknappt sind und die Preise übermäßig gesteigert werden.

Futterarme Gebiete und Auslandsfuttermittel

Die Ablieferungspflicht ist naturgemäß ein besonderes Problem für die futterarmen Gebiete, in denen das Klima und die Bodenbeschaffenheit den Anbau von Hafer, Gerste oder Mais nicht zulassen oder beschränken. Diese Gebiete haben bisher auch stark dazu beigetragen, daß von einer durchschnittlichen Roggenernte in einer Höhe von 7,5 Millionen Tonnen Roggen mehr als zwei Millionen, und von fünf Millionen Tonnen Weizen etwa eine halbe Million zur Viehfütterung verwandt wurden. In erster Linie werden für diese Gebiete naturgemäß die ausländischen Futtermittel zur Verfügung gestellt werden, deren Beschaffung mit einem geringeren Devisenaufwand verknüpft ist als die Getreideeinfuhr. Damit wird zugleich auch das andere große Problem der deutschen Ernährungswirtschaft, das Fettproblem, das sich ja in weitgehendem Umfange auf der Schweinemast aufbaut, nicht vernachlässigt.

Zwischenfruchtbau tut not

Die Beschaffung der Futtermittel kann selbstverständlich nicht in weitem Umfang auf ausländische Mais-, Hafer- und Gerstenflächen aufgebaut werden. Alle jene Maßnahmen, die bereits seit längerer Zeit eingeleitet worden sind, um neuen Boden zu gewinnen und alten Boden ertragreicher zu machen, treten damit aus dem Schatten vielfach noch mangelhafter Beachtung in das volle Licht des Verständnisses hinaus. Besondere Bedeutung gewinnen auch unter diesen Gesichtspunkten die Maßnahmen zur Entwässerung von Acker und Grünland, zur Landgewinnung und Landerhaltung an der Küste, zur Nutzbarmachung von brachliegendem Bau- und Industriegelände, zur Kultivierung von Moor und Oedland.

Bekanntlich liegt auch ein großer Teil der Ackerflächen von der Ernte im Sommer bis zum nächsten Frühjahr ungenutzt. In noch größerem Ausmaße als bisher muß dieser zeitlich freie Boden durch den Anbau kurzlebiger Pflanzen und Zwischenfrüchte bestellt werden. Es kommt aber nicht nur darauf an, durch den Zwischenfruchtbau mehr Futter zu gewinnen. Es ist vielmehr auch notwendig, dieses Futter für die Zeiten des Bedarfs bei geringsten Verlusten haltbar zu machen. Hier gewinnt die Aktion zur Einsäuerung des Futters besondere Bedeutung. Durch Reichsbeihilfen soll in den nächsten Jahren statt der bisher zur Verfügung stehenden fünf Millionen Kubikmeter Gärfutterbehälterraum die zehnfache Menge geschaffen werden.

Weiterhin sind u. a. unsere Moore durch sachgemäße Kultivierung dazu berufen, unseren Mangel an Eiweißfuttermittel herabzusetzen, was besonders dadurch möglich ist, daß auf Niederungsmoor hochleistungsfähige Grünlandflächen geschaffen werden.

So wird bei Beachtung aller Gesichtspunkte die Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen nochmals unterstrichen.

Amerika schafft Wehrwirtschaft

Ein Telegramm stellt alle Betriebe um

In den Vereinigten Staaten gibt es heute Bestimmungen für den „M-Tag". Was bedeutet dieser inhaltreiche Buchstabe? Er bedeutet: Mobilmachungstag. Soweit würde der Begriff des „M-Tages" nur Selbstverständliches ausdrücken: Jeder Staat sorgt für eine Organisation, die ihm gestattet, im gegebenen Fall seine Wehrmacht mit der erreichbaren Schnelligkeit, Sicherheit und Vollständigkeit auf Kriegsfuß zu bringen. Aber auch im heutigen Amerika handelt es sich um mehr. Was dort organisiert wird, ist das, was man in Europa die „Wehrwirtschaft" nennt. Die gewaltige Industrie des Landes ist nicht nur verpflichtet, für die Umstellung auf Kriegsproduktion gerüstet zu sein. Sie ist auch, organisatorisch und technisch, darauf vorbereitet, diese Umstellung über Nacht, gleichsam, auf Anruf, vorzunehmen. Ein Telegramm, am „M-Tag", verwandelt jedes von der Organisation erfaßte Werk in einen Kriegsbetrieb.

Was sonst über diesen, im Entscheidenden natürlich geheim gehaltenen Plan berichtet wird, daß er das

ganze Gebiet der Vereinigten Staaten in 14 Produktionsbezirke

einteile, daß ein einziger dieser Bezirke (Boston) in der Lage sei, im Laufe des ersten Kriegsjahres mehr als 10 Mill. Paar Schuhe für die Wehrmacht herzustellen, daß sich Heizkörperfabriken in Granatenfabriken, Uhrmacher in Hersteller von artilleristischen Feinwerkzeugen verwandeln, daß Motorbootwerke Pontons herstellen, in den Südstaaten Gasmasken gearbeitet werden — das alles braucht nur als Beispiel für das Größenmaß dieser ohne jeden Zeitverlust vollziehbaren Umstellung einer riesigen Industrie zu dienen. An der Befähigung der Amerikaner, den Anforderungen auch des gewaltigsten Materialkrieges technisch zu genügen, ist ohnehin nicht zu zweifeln. Wesentlich allein ist die Tatsache dieser totalen Vorbereitung. Und wesentlich ist das Grundsätzliche daran.

Das Grundsätzliche: daß nämlich Amerika die Erfahrungen des Weltkrieges keinesfalls zu wiederholen gedenkt. Dieser Krieg, von Amerika aus gesehen, trug den Widerspruch in sich, daß er in seinen Ursachen ein Wirtschaftskrieg war, daß gerade aber die

wirtschaftliche Rüstung weitgehend versagte.

Die Kriegführung aus dem Stegreif hätte sich noch weit kostspieliger angelassen, hätte die amerikanische Industrie nicht schon reichlich zweieinhalb Jahre einer lieferfremdigen Neutralität hinter sich gehabt. Das Können und die Mittel dieser Industrie waren gewiß auch damals bedeutend. Dennoch kamen die Kräfte der amerikanischen Wirtschaft und Technik zunächst entfernt nicht zum vollen Einsatz. Die Rohstoffbeschaffung mußte erst aufgebaut werden und blieb unvollkommen. Alles in allem: es mußte Lehrgeld bezahlt werden.

Das Amerika von 1917 noch konnte sich nicht einmal das etwas ruhmredige, münzenklimpernde Liedchen zu eigen machen, das einige Jahre vorher in bestimmten Schichten Englands verbreitet war, und das etwa besagte: Wir wollen keinen Krieg; aber: „by Jingo, if we will do — we have the men, we have the ships, we have the money too", Gibt es doch Krieg: wir haben die Männer, die Schiffe — und auch das Kleingeld dazu. Die Vereinigten Staaten hatten die Schiffe (nicht genug, wie die Wirkungen des U-Boot-Krieges zeigten). Sie hatten auch Menschen in Fülle, aber die Millionen der Wehrfähigen mußten erst ausgebildet werden. Sie hatten eine ungeheuer leistungsfähige Industrie; aber diese Industrie war technisch, wirtschaftlich und organisatorisch besser auf das Kriegsgeschäft vorbereitet als auf den Krieg. Trotz des Millionenheeres, das Amerika zuletzt auf französischem Boden stehen hatte, trotz der mächtigen Hilfe, die es der technischen Rüstung der „Alliierten" zukommen ließ, blieb die Hauptkraft, die es einzusetzen hatte, mittelbar und unmittelbar doch das Geld. Geld, um es darzuleihen. Geld, um seine Lieferungen vorläufig zu finanzieren. Geld, um die Schwerfälligkeit des improvisierten militärischen Apparates auszugleichen. Geld — des Staates — vor allem, um die Kriegsleistungen der eigenen Wirtschaft zu bezahlen und zu überzahlen.

Eben das soll in Hinkunft nicht mehr möglich sein. Der Staat soll sich nicht mehr gezwungen sehen, erstens den Mangel an militärischer und wehrwirtschaftlicher Vorbereitung, zweitens das

Gewinnstreben einer nach und nach umgestellten Industrie

mit vielen Milliarden zusätzlichen Mehraufwandes zu begleichen. Rechnet man die Durchschnittszahl der mobilisierten amerikanischen Weltkriegskämpfer sehr hoch und vergleicht sie mit den Gesamtausgaben der Union, so kommt man auf einen Kostenbetrag von vielleicht 200 RM je Mann und Tag. Das ist ungefähr so viel, wie Deutschland je Mann und — Monat aufwendete. Gewiß steckten in den amerikanischen Geldaufwendungen die 10 Milliarden Dollar an Darlehen und kreditierten Lieferungen.

Trotzdem ist der Geldaufwand unverhältnismäßig. Die Feststellungen über Kriegsgewinne, in Amerika selbst, haben die Ursache dieses Ueberaufwands hinreichend belichtet. Das soll in Zukunft anders sein. Die auf den „M.-Tag" hin organisierte Wehrwirtschaft soll die Industrie hindern, die Umstellung aus dem Stegreif vornehmen zu müssen, und den Staat bewahren, Zeit und Geld unverhältnismäßig für diese Umstellung zu verbrauchen.

Wechselndes Interesse

Sonderbewegungen an den deutschen Börsen

Im Gegensatz zur ersten Hälfte der abgelaufenen Börsenwoche, in der seitens der Kulisse sowie der Bankenkundschaft hier und da Effektenmaterial herauskam, wurde in der zweiten Hälfte die Stimmung wieder entschieden fester. Allerdings nahm das Geschäft auch jetzt keinen größeren Umfang an. Vielmehr sprang das Interesse der Bankenkundschaft sowie der berufsmäßigen Kreise bald auf dieses, bald auf jenes Gebiet über. Besonders bemerkenswert war es, daß am Einheitsmarkt die zuversichtliche Stimmung anhielt, ein Zeichen dafür, daß das Publikum tatsächlich der Träger des Verkehrs ist. Die Kurserholungen resp. Kurssteigerungen, die gegen Schluß der Woche eintraten, resultierten vor allem aus dem Mangel an Material.

Unter den anregenden Momenten seien vor allem der günstige Bericht vom Eisenmarkt und das sehr befriedigende Steueraufkommen des ersten Quartals sowie die unverändert optimistischen Nachrichten aus der Wirtschaft als Ganzem hervorgehoben. Vielleicht hat zur Verengung des Geschäftes auch der Umstand beigetragen, daß zur Zeit die Anlage Suchenden wieder etwas mehr den Rentenmarkt bevorzugen.

Im Vordergrunde standen hier die Kommunalobligationen, darunter diejenigen der Thüringer Landeshypothekenbank und Mittelboden. In den Emissionen der Preußischen Landespfandbriefanstalt trat nach wie vor große Materialknappheit zutage. Die Kauflust für Neubesitzanleihen hielt an. Gleichzeitig gingen die Altbesitz-Anleihen nach oben. Stadtanleihen waren kaum verändert. Die Gemeindeumschuldungsanleihe erreichte neue Höchstkurse. Reichsbahn-Vorzugsaktien erreichten neue Höchstkurse, die sich aber nicht ganz aufrechterhalten ließen. Unter den Industrieobligationen war die 5%ige Gelsenberg-Benzin kräftiger erhöht. Das gleiche gilt von Concordia-Bergbau und Concordia-Spinnerei.

Der Montanmarkt hatte mäßige Umsätze, er lag aber im ganzen etwas fester. In Braunkohlenwerten verlief das Geschäft stockend. Chemische Werte waren still, Versorgungswerte waren gut behauptet. Zellstoffpapiere waren stärker gesucht, Schiffahrtsaktien kaum verändert. Textilaktien waren widerstandsfähig. Von Maschinenwerten waren Schwartzkopff, Demag und Orenstein gefragt und konnten ihren Wertstand heben. Autoaktien unter Führung von Daimler und BMW fanden gleichfalls Liebhaber, obwohl die Spitzenkurse sich nicht zu behaupten vermochten. Spezialwerte, wie Hotelbetrieb, Westdeutsche Kaufhof u. a. m., waren Kleinigkeiten befestigt. Kaliaktien bröckelten eher leicht ab.

Der Einheitsmarkt lag ziemlich fest. Bankaktien standen im Vordergrunde. Interesse zeigte sich erneut für Hypothekenbankaktien. Bei den amtlich nicht notierten Papieren waren die Umsätze wieder etwas größer. Sehr stramme Haltung bekundeten Oberbedarf.

Internationale Diskontsätze

Land	%		seit	Land	%	seit
Deutschland	4	Wechs.-Dsk.	22. 9.32	Italien	4½	18. 5.34
	5	Lombard	22. 9.32	Norwegen	4	7.12.36
				Oesterreich	3½	10. 7.36
				Polen	5	26.10.35
Belgien	2		15. 5.35	Portugal	5	13.12.33
Bulgarien	6		6. 8.35	Rumänien	4½	14.12.33
Dänemark	4		19.11.36	Schweden	2½	1.12.34
Danzig	4		2. 1.37	Schweiz	1½	26.11.34
England	2		1. 7.32	Spanien	5	9. 7.36
Finnland	4		1.12.34	Ungarn	4	28. 8.35
Frankreich	5		6. 7.37	Tschechosl.	3	1. 1.35
Holland	2		2.12.36	USA	1½	1. 2.36